

## "Wo andere aufgeben bilden wir aus" - Europaabgeordnete Jutta Steinruck mit SPD-Delegation zu Gast beim Fachkraftwerk CoLab

> DRUCK



Es müsse in Deutschland keine Jugendarbeitslosigkeit geben. Dieses Fazit zog Jutta Steinruck, Mitglied des Europaparlamentes, anlässlich ihres Kurzbesuchs in Speyer, bei dem sie sich über die Arbeit der gemeinnützigen CoLab GmbH informierte, die Jugendlichen aus sozial schwachen Verhältnissen Perspektiven bietet, einen Berufsabschluss zu erreichen. Begleitet vom Vorsitzenden des Unterbezirks Vorderpfalz Martin Wegner, seinem Vertreter Walter Feinler, den Ratsmitgliedern Stefanie Seiler, Dr. Markus Wintterle, Christian Regenauer, Seniorenratsmitglied Walter Wedding sowie dem Juso-Landesvorsitzenden Andro Scholl samt Stellvertreterin Nora Egler, verschaffte sich die Abgeordnete einen Einblick während eines Vortrages von CoLab -Geschäftsführer Andreas Scherer.

Scherer berichtete über den nicht gerade einfachen Weg von den Anfängen im Jahr 1997 über die Gründung von CoLab 2005 mit der damit verbundenen ständigen strukturellen Neuausrichtung des Fachkraftwerkes, wie die Geschäftsführer Andreas Scherer und Thomas Friedrich ihr ehrenamtliches Ziehkind gerne auch nennen. Besonders aufgeschlossen zeigten sich Steinruck und Gäste über das von der CoLab initiierte Vierstufenkernmodell, innerhalb dessen die Jugendlichen bei der CoLab in quasi vier Entwicklungsstufen in Medien- und IT-Berufen wie beispielsweise zum Systemelektroniker, Programmierer, Medienkaufmann - und Gestalter Bild und Ton oder zum Webdesigner und Fachinformatiker ausgebildet werden. Gleichzeitig bemüht sich die GmbH um Praktikumsplätze bei befreundeten Firmen und vermittelt Stellen bei Technologieunternehmen nach abgeschlossener Ausbildung der jungen Mitarbeiter. Das Speyerer Fachkraftwerk CoLab finanziert sich über Privatmittel, öffentliche Fördergelder ("Stärken vor Ort") oder staatliche Zuwendungen wie den Europäischen Sozialfonds, (ESF) eine Förderform, die laut Scherer unheimlichen Verwaltungsaufwand erfordert. Wenig begeistert ist Geschäftsführer Scherer, der in Heidelberg Physik studierte und hauptberuflich als Projektreferent bei der IHK Zetis tätig ist, von der Unterstützung durch die Stadt Speyer. Dort hieße es immer, es gebe in der Stadt keinen Bedarf für derartige Konzepte. Dabei könne man, so Scherer einen Güterbahnhof voll mit jungen Leuten füllen, die in ähnlich problematischer Lage seien, wie es die gegenwärtig neun CoLab-Schützlinge einmal waren.

Neben dem Ausbildungsangebot haben Scherer, Friedrich und Mitarbeiter, die Radioplattform "Edura" entwickelt, mit deren Hilfe Internetradio möglich ist. Mittlerweile haben sich bereits 40 Radioschulgruppen in Rheinland-Pfalz gebildet. Bremen und Brandenburg zeigen länderübergreifend lebhaftes Interesse, davon zu partizipieren. Zu den gegenwärtig neun Azubis in der Domstadt, die auch PC reparieren, Druckaufträge durchführen sowie Netzwerke einrichten und betreuen, zählen weitere vier junge Leute, die in der Außenwohngruppe "Mühle Herleshausen" tätig sind. Neben diesen Angeboten gilt der "Offene Treff" seit Jahren als beliebte Plattform für etwa 20-30 Jugendliche sich untereinander auszutauschen und Erfahrungen zu bündeln.

CoLab wird ab dem 1. Oktober Räume in Germersheim (300 Quadratmeter) in der ehemaligen MG-Kaserne beziehen und die Ausbildung in dieses soziale Kompetenzzentrum verlagern. Scherer, der noch nicht weiß, was mit dem Haus in der Ludwigstraße geschehen soll, fände es bedauerlich, wenn sich CoLab vollständig aus Speyer verabschieden müsse.

Abgeordnete Steinruck, in Brüssel und Straßburg als Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und Soziales tätig, deren besonderes Interesse schon immer konkreten Projekten vor Ort galt, sagte den Anwesenden, dass gerade im Europaparlament über die nächste Förderperiode verhandelt werde. Deutschland erhalte Mittel aus dem ESF, entscheide dann aber eigenständig über die Verwendung dieser Gelder, belege also die Schwerpunkte. Die Europäische Kommission tendiere zwar dazu, mit größeren Trägern wie zum Beispiel der Caritas zu verhandeln, (gibt den Rahmen vor) doch setzte sich die SPD dafür ein, auch kleinere Trägerformen zu berücksichtigen. In Zeiten der allgegenwärtigen Sparpolitik sei es nicht gerade leicht, dem Rechnung zu tragen. Ihre Parteigenossen vor Ort gemahnte Steinruck in Form kleiner Anfragen (im Landtag) oder Anträgen (im Stadtrat) deutlich zu machen, dass Förderbedarf besteht. Diesen sichtbar zu machen, sei ihrer aller Aufgabe, aktive Politik zu betreiben. (da/Foto:ks)